



Haushaltsrede 2024 des Fraktionsvorsitzenden Rolf Leinz

Geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen u. Kollegen,

In der Haushaltsrede am 14. November verwies der Bürgermeister Herr Siehr auf die verspätete Lieferung der Planungsdaten und die Ratlosigkeit der Landesregierung. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit, Landesregierungen bauen ihre Haushalte auf die Eckdaten des Bundeshaushaltes auf. Der Bund hat aber, abgesehen von endlosem Gezänk und dem Ampel-Aus, nichts geliefert!

Zurecht haben Sie in Ihrer Rede auf die Erhöhung der Schulumlage und die damit verbundenen Belastungen hingewiesen.

Hier lohnt sich jedoch ein Blick auf die Ursachen.

Der Landrat Herr Will und seine Rot/Rot/Grüne Koalition leisten sich zum Beispiel nach wie vor den Luxus der Passivhausbauweise. Die Energieeffizienz ist unbestritten, die hohen Kosten aber ebenso. Durch alternative Niedrigenergiebauweise können 10% der Baukosten eingespart werden. Bei einem Gesamtvolumen von ca. 1 Milliarde Euro reden wir hier von möglichen Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich, diese Potentiale werden nicht genutzt, sondern über die Schulumlage einkassiert.

Die Klage gegen die Erhöhung der Kreisumlage wird stellvertretend für die Kommunen durch die Stadt Riedstadt geführt, bis hier eine Entscheidung vorliegt wird aber noch einige Zeit vergehen.

Wir müssen uns also mal wieder selbst helfen und wie sieht die Lösung aus? Die Grundsteuer B wird drastisch auf 990 Punkte angehoben werden und trotz dieser Erhöhung haben wir in den nächsten beiden Jahren ein Defizit von über 3 Mio. €

Dies gilt gleichermaßen für den Landeswohlfahrtsverband.

Hier müssen die Kommunen und der Kreis Millionenbeträge aufbringen und das Land Hessen entzieht sich seiner Verantwortung.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen kann diese Kosten nicht tragen, ohne dass mehr vom Land fließt oder direkt hier verbleibt, z.B. bei der Gewerbesteuer!

In seiner Rede verwies der Bürgermeister darauf, dass man freiwillige Leistungen, wie das Kommunale Kino oder die Musikschule ja mal kritisch unter die Lupe nehmen könne, aber ein Verzicht keine wesentlichen Auswirkungen habe, die Einsparungen seien minimal.

Dann lieber mal gar nichts tun oder wie?

Stimmt nicht, der Bürgermeister wird ja aktiv, mit der 2. Fortschreibungsliste sollen die **Hebesätze für die Jahre 2027 – 2029 auf über 1.500 Hebesatzpunkte angehoben werden.**

Das sind extreme Steuererhöhungen, die Sie da planen Herr Bürgermeister und sie treffen die sozial Schwächsten am stärksten.

Herr Siehr es reicht nicht einfach ein paar Zahlen in den Haushalt zu pinseln, Sie kennen nur einen einzigen Weg: Steuererhöhung bis zum Geht-nicht-mehr!

Wir können gerne darüber streiten, ob eine finanzschwache Kommune wie unsere ein Kino betreiben muss oder wie die CDU oder FDP vorschlägt, andere Wege bei der Kinderbetreuung zu gehen.



Dies sind aber zumindest Vorschläge, wo sind Ihre Lösungsansätze Herr Bürgermeister?
- Fehlanzeige - !

Wir werden an den 990 Punkten für die Grundsteuer B für 2025/26 nicht vorbeikommen, ohne unsere Rücklagen müsste der Wert für einen ausgeglichenen Haushalt noch deutlich höher sein.

Wir müssen uns aber gemeinsam Gedanken machen, wie wir die drohenden Hebesätze für 2027 abwenden können und zwar schon hier und heute und nicht erst in den nächsten Jahren.

Der Haushalt ist immer eine politische Willenserklärung.

Die Absicht der Freien Wähler ist da ganz eindeutig: die Ortsentlastungsstraße ist für uns unverzichtbar, um die Lebensqualität und Verkehrssicherheit im alten Ortskern von Ginsheim zu verbessern. Im Gegensatz zu vielen anderen Projekten in unserer Stadt ist diese Maßnahme **umfänglich über das Land Hessen gegenfinanziert**.

Die Kosten-Nutzen-Analyse fällt für uns eindeutig positiv aus.

Der Klage gegen das Land Hessen sehen wir aussichtsreich entgegen und sind auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts gespannt.

Nun zu unseren Anträgen.

Mit dem Antrag zur Stellenbesetzungssperre möchten wir weitere Personalkosten sparen, wo auch immer möglich.

Dies gilt auch für die zukünftige Besetzung von Stellen in den freiwilligen Bereichen der Verwaltung

Wir sehen sehr wohl die Bedarfe und Nöte in einer Verwaltung, als Fraktionen sind wir aber dafür verantwortlich, dass die Steuern für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht ins Unendliche steigen.

In diesem Kontext ist auch unser Antrag zur Schließung des Kommunalen Kinos einzuordnen.

Was können wir uns leisten und was nicht?

Das KomKi ist eine lobenswerte Einrichtung für eine finanz- oder bevölkerungsstarke Stadt, aber die sind wir nun mal nicht.

Im Rahmen der Ausschüsse mussten wir erkennen, dass der ursprüngliche Antrag keine Mehrheit fand. Aus diesem Grund haben wir die Hinweise und Anmerkungen der SPD-Fraktion übernommen, um weiter an diesem Thema zu arbeiten.

Vielen Dank an dieser Stelle.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag geht der Auftrag an die Verwaltung sich endlich um eine Reduzierung des Defizits einzusetzen.

Es kann nicht sein, dass Veranstaltungen für eine Handvoll Besucher durchgeführt werden.

Mit unserem Antrag zur Förderung des Vereins „Frauen helfen Frauen“ möchten wir einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation für Frauen, die Gewalt im sozialen Nahbereich erfahren haben leisten. Insbesondere das Beratungsangebot muss gefördert werden.

Ebenso sehen wir das Erfordernis, zeitnah die Kita X auf den Weg zu bringen. Die Eltern in unserer Stadt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder betreut werden, um



wieder arbeiten gehen zu können. Zukünftig werden wir jede Hand und jeden Kopf brauchen, um die Arbeit in unserem Land zu erledigen und den Wohlstand zu sichern.

Den Änderungsantrag der FDP zur Kita können wir inhaltlich mittragen, aus unserer Sicht kommt er jedoch zu spät und daher können wir heute nicht zustimmen.

Aktuell befinden wir uns bereits in der Umsetzungsphase.

Ein Neustart würde aus diesem Grund zu erheblichen Verzögerungen führen.

Für zukünftige Projekte sehen wir aber große Chancen zur Umsetzung anderer Lösungen, die wir gerne gemeinsam beraten können.

Der Doppelhaushalt stellt uns alle vor Herausforderungen.

Das fängt schon mit der massiven Erhöhung der Grundsteuer an.

Es geht weiter mit dem fragilen Zahlenwerk und den Prognosen. Momentan weiß niemand so genau, wo wir finanziell hinsteuern und wann und ob es wieder besser wird.

Vor diesem Hintergrund einen Doppelhaushalt einzubringen, Herr Bürgermeister, ist ein mehr als durchschaubares politisches Manöver.

Die Freien Wähler sind sich aber sehr wohl bewusst, was ein genehmigter Haushalt für die Menschen in unserer Stadt und unsere Projekte, ich möchte hier nur den Bau des Feuerwehrgebäudes in Gustavsburg und die Kita X nennen und für die Verwaltung bedeutet. Die Entscheidung zu diesem Haushalt ist tatsächlich herausfordernd.

Sollte die Ortsentlastungsstraße nicht Bestandteil des Haushalts sein, ist die Entscheidung für die Freien Wähler relativ einfach.

Aber auch mit Ortsentlastungsstraße haben Sie Herr Siehr jegliches Vertrauen unserer Fraktion und der durch uns vertretenen Bürgerinnen und Bürger, mit ihrem Widerstreben bei den Gesprächen mit dem Verkehrsministerium eingebüßt.

Die Freien Wähler werden frei und nach bestem Wissen und Gewissen über den Haushalt abstimmen.

Vielen Dank!

12.12.2024

Rolf Leinz